

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 27 (1986)  
**Heft:** 3

**Artikel:** Terrorismus als Bedrohung der offenen Gesellschaft  
**Autor:** Sager, Peter  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093400>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Terrorismus als Bedrohung der offenen Gesellschaft

Anlässlich der Januar-Session der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Strassburg hat Peter Sager in der Politischen Kommission eine «communication personnelle» eingereicht, die wir nachstehend im Wortlaut wiedergeben.

Am 27. Dezember 1985 hat der staatlich gestützte Terrorismus erneut zugeschlagen und in den Flughäfen Leonardo da Vinci in Rom und Schwechat in Wien über 100 Opfer gefordert. Während einiger Tage vor und nach diesen Anschlägen haben der libysche Staatschef Muammar Ghadhafi und der Chef der palästinensischen Terror-Organisation Abu Nidal Warnungen an acht weitere Mitgliedstaaten des Europarates gerichtet.

Diese Vorfälle illustrieren indes nur eine Facette des staatlich unterstützten Terrors. Gleichzeitig sind Mitgliedstaaten durch den sogenannten Euroterrorismus bedroht, der von osteuropäischen Staaten gefördert wird, sowie von Angriffen, die von der Regierung Irans ermutigt werden.

Im grossen und ganzen haben die Mitgliedstaaten des Europarates die Sicherheitsvorkehrungen verschärft. Aber die wachsenden Kosten des Terrorismus verlangen dringend eine koordinierte politische Antwort. Abgesehen von den nicht verantwortbaren Todesopfern bedroht der staatlich gestützte Terror die wirtschaftlichen, politischen und moralischen Voraussetzungen der offenen Gesellschaften.

Der anfangs 1985 stark aufgetretene Euroterror hat die Frage nach der aus Osteuropa gewährten Hilfe aufgeworfen. Zahlreiche Anzeichen sprechen dafür, dass Lenins Befürwortung des Terrorismus als eines politischen Kampfinstrumentes nach wie vor Gültigkeit besitzt. Mitte 1985 haben Bonner Behörden Verbindungen

zwischen ostdeutschen Agenten und westdeutschen, belgischen und französischen Terroristen festgestellt. Im Januar 1986 hat der ehemalige rumänische Geheimdienstoffizier Ion Pacepa, der 1978 in den Westen abgesprungen ist, auf geheime Abmachungen bezüglich logistischer Unterstützung hingewiesen, die der rumänische Geheimdienst DIE 1975 mit palästinensischen Terror-Organisationen abgeschlossen habe.

Irans Ayatollah Khomeiny seinerseits hat den westlichen Einflüssen auf die iranische Gesellschaft den «heiligen Krieg» erklärt. Unter diesem Banner haben staatlich unterstützte iranische Terroristen in Mitgliedstaaten des Europarates Anschläge verübt, so im Dezember 1983 die Explosion in einem französischen TGV-Zug, im April 1985 den Angriff auf ein Restaurant in Spanien, im Juni 1985 die Entführung des TWA-Flugzeuges in Griechenland und im Juli 1985 die Beschädigung einer Synagoge in Dänemark.

Libyens Staatschef Ghadhafi benützt den Terrorismus als Instrument der Politik und setzt Söldlinge sowie «Diplomaten» ein, um exilierte Oppositionelle im Ausland auszuschalten und seine «antiimperialistische» Propaganda in die westlichen Demokratien zu tragen. In einer Ansprache vor einem Kongress radikaler Araber hat er am 14. Januar in Aussicht gestellt, dass Libyen Terroristen Ausbildung, Waffen und sichere Obhut gewähre.

Das sind keine Neuigkeiten. Der staatlich gestützte Terrorismus dürfte über mehr als 60 Ausbildungszentren verfügen, darunter solche

in Bulgarien und auf der Krim, ein iranisches Lager zur Ausbildung von Flugzeugentführern und ein libysches Lager, in welchem Selbstmordpiloten herangezogen werden. Offenbar in Verbindung mit diesem letzteren steht eine Warnung zypriotischer Behörden im Dezember 1985, nachdem identifizierte «Kamikaze»-Flugzeuge vom Flugplatz Beirut verschwunden waren.

Westeuropäische Polizeistellen haben Dutzende von Fällen eines staatlichen Waffenschmuggels in Gepäck, Automobilen und bei diplomatischen Kurieren festgestellt. Libyen steht überdies mit einer österreichischen Firma bezüglich der Lieferung von Pistolen aus gehärtetem Kunststoff in Verhandlung, um damit die Kontrollen auf Flugplätzen umgehen zu können.

Die Kosten, die der Terrorismus den Mitgliedstaaten verursacht, dürften mehrere Milliarden Dollar betragen. Sie umfassen auch die Auslagen für die Sicherheitskontrollen und die Zerstörungen.

In Belgien entstanden 1985 Schäden in der Höhe von 20 Millionen Dollar, und die Brüsseler Polizei hat die Hälfte ihres Jahresbudgets in vier Wochen ausgegeben. Justizminister Jean Gol schätzt, dass allein für die Informationsbeschaffung über den Terrorismus in den nächsten vier Jahren insgesamt rund 20 Milliarden belgischer Franken ausgegeben werden müssen.

Terroristische Anschläge auf touristische Einrichtungen zeitigen ähnlich schwerwiegende Konsequenzen. Die Entführung des TWA-

Flugzeuges in Griechenland hatte die Stornierung von 30 000 Buchungen zur Folge, noch bevor Abu Nidal im August und September letzten Jahres Anschläge auf Hotels ausführen liess. In Ägypten, dessen Tourismus den viert-höchsten Devisenerlös erbringt, sind die Buchungen westlicher Reisender um 35 % gefallen. Tourismus spielt in mehreren Mitgliedstaaten des Europarates eine bedeutende Rolle.

Weiche Verhaltensweisen von Regierungen gegenüber dem Terrorismus machen sich nicht bezahlt. Die passive Haltung der französischen Regierung im Jahre 1982 liess die Popularitätsrate von Präsident Mitterand auf unter 50 % absinken und erzwang ein koordiniertes Vorgehen gegen den Terror. Als Spaniens Ministerpräsident Felipe Gonzalez sich im Dezember 1984 mit Oberst Ghadhafi traf – zu einer Zeit, da von einer libyschen Zahlung von 900 000 Dollar an die baskischen ETA-Terroristen berichtet wurde – gab dies Anlass zu Interventionen im spanischen Parlament. Die Nachsicht der griechischen Regierung bewirkte Kritik in in- und ausländischen Medien, bis Ministerpräsident Andreas Papandreou eine härtere Hand zeigte.

★

Der staatlich gestützte Terror bedroht Rechte und Institutionen von grundsätzlicher Bedeutung in Demokratien. Mit der Beschädigung von Synagogen, der Bedrohung von Diplomaten und der Zerstörung von Nato-Einrichtungen in Staaten des Europarates stehen religiöse Freiheit und das Allianzrecht souveräner Staaten im Visier der Terroristen. Nach den Massakern von Rom und Wien durch die Söldlinge Abu Nidals, der von Libyen aus operiert, hat Scotland Yard bewaffnete Armee-Einheiten zur Überwachung des Flugplatzes Heathrow aufgeboten: das erste Mal, dass uniformierte Armee-Offiziere zu einem solchen Dienst in Grossbritannien selbst eingesetzt worden sind.

Die Menschenopfer sind jedoch der höchste Preis, den der Terrorismus abverlangt. Im Jahre 1985 verursachte Abu Nidals Organisation 240 Tote und Verwundete in den Mitgliedstaaten des Europarates. Euroterrorismus und die von Iran geförderten islamischen Jihad-Terroristen töteten oder verwundeten Dutzende von weiteren Menschen. Der psychologische Schock auf Augenzeugen und auf die Zuschauer von Fernsehnachrichten können einen noch höheren Zoll abfordern.

★

Unter den Optionen für eine politische Antwort würde eine Ratifizierung der Konvention des Europarates von 1977 über Massnahmen gegen den Terrorismus durch alle Mitgliedstaaten eine ernste Warnung an terroristenfreundliche Regierungen darstellen. Mit der Verpflichtung, dass ratifizierende Staaten terrorismusverdächtige Personen nicht aus politischen Gründen ausliefern dürfen, wurde die Konvention 1978 in Kraft gesetzt. Leider ist sie in Frankreich, Griechenland, Irland, Italien und Malta in Vergessenheit geraten. Der britische Diplomat Frank Brenchley kommt in seiner

kürzlich veröffentlichten Studie «Diplomatic Immunity and State Sponsored Terrorism» zum Schluss, dass die strikte Anwendung gegebener Möglichkeiten wichtiger sei als Diskussionen um Reformen. Würde der eingeräumte Spielraum wirklich ausgeschöpft, könnten terroristische Unternehmen mindestens in Grenzen gehalten, wenn nicht gar verunmöglicht werden.

Was die wirtschaftlichen Sanktionen betrifft, so sind sie von der britischen Premierministerin Thatcher aus pragmatischen Gründen abgelehnt worden. Italien hat hingegen den Export bestimmter Waffen nach Libyen untersagt. Zustimmung zu Sanktionen äusserte sich der norwegische Regierungssprecher Nils Udgaard, der beifügt: «Es ist eine Tatsache, dass Libyen Terroristen unterstützt».

Kanada hat den Export strategischer Waffen nach Libyen eingestellt. Premierminister Brian Mulroney hat den Kern der Frage, die auch die Mitgliedstaaten des Europarates beschäftigen muss, treffend angesprochen: «Es ist eine moralische Frage, und Kanada muss seinen Beitrag leisten.»

★ ★

**In seinem Votum vor dem Plenum der Versammlung führte Sager am 28. Januar namentlich aus:**

Die politische Kriegführung der Sowjetunion, die sich unter anderem auch des Terrors bedient, liegt im Kern des Problems, und diese Tatsache erlaubt uns wichtige Differenzierungen. Wenn wir nach den Ursachen des konkreten Terrors fragen, so fallen die Antworten völlig unterschiedlich aus, je nachdem, ob wir den palästinensischen oder baskischen, den iranischen oder nordirischen, den links- oder rechtsextremen Terrorismus untersuchen. All diesen Erscheinungen ist jedoch der Rückfall ins Faustrecht gemeinsam, das Lösungen nicht fördert, sondern erschwert. Zwar ist die Sowjetunion nicht verantwortlich für die zahlreichen und schweren Minderheitenprobleme auf der ganzen Welt, sicher aber trägt sie die Hauptverantwortung dafür, dass Minderheitenvertreter sich des Terrors als Mittel zu bedienen begonnen haben, auch wenn sie der Freiheit der Meinungsäusserung nicht beraubt sind . . . Das schlimmste Verbrechen wird vermutlich nicht vom Terroristen verübt, sondern von dem, der den Erfolg des Terrorismus nicht verhindert. Statt weiterer, daher nachgerade hohler und leerer Worte im billigen Ruf nach neuen Massnahmen, sollten wir unsere Hemdsärmel aufkrepeln und an die Arbeit gehen: Aufklärung unserer Völker und Druck auf unsere Regierungen, damit diese jene Massnahmen anwenden, die längst eingesetzt werden könnten. Wenn der Terrorismus keinen Sieg mehr erringen kann, beginnt er ebenso sicher abzusterben, wie der Frühling auf den Winter folgt. Lasst uns seine Siege verhindern. ■

## Der Donauraum

Jahrbuch für Donauraumforschung,  
27. Jg. 1985

(Als neue Folge der von 1956 bis 1981 erschienenen Zeitschrift für Donauraumforschung.) Herausgegeben vom Forschungsinstitut für den Donauraum, Wien (Vorsitzende: Univ.-Prof. Dr. Felix Ermacora und Univ.-Prof. Dr. Norbert Leser; Generalsekretär: Dr. Georg Rundel; Schriftleitung: Prof. Dr. Theodor Veiter und Dr. Georg Rundel). Wort und Welt Verlag, Innsbruck; 188 Seiten, öS 180.—/Fr. 23.20.

Die Zeitschrift des Forschungsinstitutes für Fragen des Donauraumes — «Der Donauraum» — geht in das dreissigste Jahr ihres Bestandes. Im Jahre 1956 wurde die Zeitschrift als Vierteljahresschrift begründet. Die Zielsetzungen sind über 30 Jahre dieselben geblieben: den über alle Kontinente verstreuten Kreisen, die sich für die vielschichtigen Probleme des Donauraumes interessieren, die seit je und auch in Gegenwart und Zukunft der Donauraum mit seinen mannigfachen Völkern in sich birgt, die erzielten Forschungsergebnisse in sachlicher Weise zu vermitteln.

Das Forschungsinstitut versteht den Donauraum als eine Region, die nicht nur die Länder umfasst, durch die der Donauraum fliesst, sondern auch jene Gebiete, aus denen Flüsse in die Donau münden. Auch die Alpenländer werden dazugerechnet. Daher wurde in der Zeitschrift immer versucht, die gesamte Region zu erfassen, ihre wirtschaftlichen, historischen, staats- und völkerrechtlichen Fragen zu erkennen, zu analysieren und sie zu präsentieren sowie zum Gespräch über die Probleme einzuladen. Felix Ermacora im Vorwort zum 27. Jahrgang 1985

**Bestellung nimmt entgegen:  
Buchhandlung SOI  
Postfach  
3000 Bern 6  
Telefon 031 43 12 15**